



Sozialpolitik im Brennpunkt

11



Eine dynamische soziale Sicherheit für Europa: Ein soziales Modell für Aufschwung und Wachstum

Eine wichtige Beobachtung aus den neuesten Erfahrungen Europas lautet, dass die Reform der sozialen Sicherheit immer komplexer wird. Reformen sollten nicht nur einen angemessenen Schutz aller gegen gedeckte Risiken gewährleisten, sondern auch eine bessere Servicequalität erreichen. In einigen Programmen geht es auch darum, den Leistungsempfängern mehr Wahlmöglichkeiten zu bieten. Wenn diese Ziele erreicht werden sollen, verschiebt sich das Augenmerk darauf, was diejenigen als Input geben, die für die Umsetzung der Strategien verantwortlich sind: die Verwaltungsfachleute der sozialen Sicherheit. Aber auch die Rolle anderer institutioneller Akteure verdient eine größere Aufmerksamkeit sowie übergreifende Faktoren wie die Globalisierung, die Bevölkerungsalterung und die Wirtschaftslage. Im gegenwärtigen wirtschaftlichen Kontext, der nicht einfach ist, hat sich das europäische „Sozialmodell“ jedenfalls als robust, aber auch als flexibel erwiesen. Damit jedoch die Tragfähigkeit und Erbringung von Programmen der sozialen Sicherheit besser gewährleistet sowie der wirtschaftliche Aufschwung und ein zukünftiges Wachstum besser gestützt werden können, werden weitere Anpassungen nötig sein. Diese Ausgabe von *Sozialpolitik im Brennpunkt* kommt zum Schluss, dass die Verwaltungen der sozialen Sicherheit diesbezüglich in der Pflicht stehen, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Hans-Horst Konkolewsky, Generalsekretär der IVSS

Motoren des Wandels

In der Region Europa (entspricht hier der vom Internationalen Arbeitsamt definierten Region Europa und Zentralasien) sind die Erwartungen hinsichtlich des institutionellen Charakters und der Notwendigkeit von sozialer Sicherheit deutlich gestiegen. Diese Erwartungen zeigen, dass Reformen von Strategien und Programmen über die nächstliegende und notwendige Aufgabe, einen angemessenen Einkommensschutz zu bieten, hinausschauen müssen. Die Reformen müssen stärker darauf ausgerichtet sein, eine bessere Qualität der Leistungen und angebotenen Dienste zu erreichen. Bei einigen Programmen geht es auch darum, den Leistungsempfängern größere Wahlmög-

Diese Ausgabe berichtet über:

- neueste Entwicklungen und Trends der sozialen Sicherheit in Europa;
- wichtige Reformbereiche für Strategien und Programme;
- den Einfluss übergreifender Kräfte
- Herausforderungen für Verwaltungsfachleute der sozialen Sicherheit;
- wichtige strategische Botschaften für die Entwicklung der sozialen Sicherheit in Europa

lichkeiten zu bieten. Durch diese ehrgeizigen Reformziele ist die Komplexität der Herausforderungen für die Verwaltungsfachleute der sozialen Sicherheit gestiegen. Zu solchen Schlussfolgerungen kommt der IVSS-Bericht *Eine dynamische soziale Sicherheit für Europa*.¹

Wenn die Angemessenheit gewahrt und die Qualität und geeignete Wahlmöglichkeiten bei Leistungen und Diensten garantiert werden sollen, wobei auch die steigenden Kosten der sozialen Sicherheit berücksichtigt werden müssen, dann, so eine weitere Schlussfolgerung des Berichts, stehen alle Beteiligten in der Verantwortung, ihr Verhalten anzupassen. So wurden in den letzten Jahren Reformen eingeleitet, die ältere Arbeitnehmer zu einem Hinausschieben ihrer Rente und einer längeren Beschäftigung bewegen sollen. Reformen der Familienleistungen ermutigen Frauen, zugleich berufstätig zu sein und Kinder zu haben, und Männer, sich gleichgestellter an der Betreuung innerhalb der Familie zu beteiligen. Die jüngsten Gesundheitsreformen fördern Anbieter und Patienten, die weniger auf Krankenhäuser und Notfallbehandlungen zurückgreifen, sondern mehr auf Prävention und eine primäre Behandlung in lokalen Einrichtungen.

Es gibt aber auch übergreifende gesellschaftliche Kräfte, welche die Ausgestaltung der Reformen der sozialen Sicherheit in Europa mitprägen. Als wichtige Punkte erwähnt der Bericht den Einfluss der Globalisierung, die Bevölkerungsalterung sowie die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise.

Wichtigste Statistiken für die Region Europa

- Die Gesamtbevölkerung der Region Europa beträgt annähernd eine Milliarde Menschen, von denen 500 Millionen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) leben.
- Ungefähr 16 Prozent der Bevölkerung ist 14 Jahre alt oder jünger.
- Ungefähr 22 Prozent der Bevölkerung ist 60 Jahre alt oder älter.
- Die EU-Staaten geben im Durchschnitt ca. 27 Prozent ihres BIP für Sozialschutz einschließlich Gesundheit aus. In den Staaten außerhalb der EU liegt der Durchschnitt der Sozialausgaben bei 13 Prozent des BIP.
- In den EU-Staaten wird der Sozialschutz vorwiegend aus Sozialbeiträgen (59 Prozent) und Steuereinnahmen (38 Prozent) finanziert.
- Die meisten Länder Westeuropas haben eine fast vollständige Deckung der Bevölkerung erreicht. In anderen Teilen der Region liegt die Deckungsrate niedriger, da der informelle Sektor oft groß ist und die Löhne der formellen Wirtschaft chronisch schlecht dokumentiert sind.
- Die meisten Länder der Region verfügen über gut entwickelte Gesundheitsdienste. In einigen Ländern gibt es jedoch Qualitätslücken und Versorgungsengpässe, und alle haben mit Finanzierungsproblemen zu kämpfen. Die Gesundheitsausgaben in der Region reichen von 11 Prozent des BIP in Frankreich und der Schweiz bis zu weniger als 4 Prozent in Kasachstan.

Globalisierung

Die Kräfte der Globalisierung setzen die Länder einem erhöhten Wettbewerbsdruck aus. Da das Kapital leichter dahin fließt, wo die Produktionskosten am niedrigsten sind, stehen viele Regierungen unter dem Druck, die Arbeitsgesetze zu lockern, so dass Unternehmen Arbeitnehmer leichter einstellen und entlassen, weniger bezahlen und sie flexibler einsetzen können. Durch diese Entwicklungen haben Zeitarbeit und Teilzeitarbeit zugenommen. In den 15 EU-Mitgliedsstaaten nahm die Zeitarbeit von 1995 bis 2006 um 25 Prozent zu, und jede fünfte Arbeitsstelle ist eine Teilzeitarbeitsstelle. Ähnliche Entwicklungen sind auch in Zentral- und Osteuropa zu beobachten. Dadurch steigt das Risiko informeller Arbeit und lückenhaft bezahlter Sozialbeiträge.

Allgemein stellt die Globalisierung die Systeme der sozialen Sicherheit vor das Risiko einer geringeren Deckung und unangemessener Leistungen, da die Regierungen sich bemühen, ein wirtschaftsfreundliches Umfeld zu schaffen, indem sie die Beiträge zur sozialen Sicherheit einschränken oder senken. Gleichzeitig erzeugt die Globalisierung einen starken Druck, auch Arbeitnehmer in prekäreren Beschäftigungsverhältnissen mit einer Deckung durch soziale Sicherheit zu versorgen. In den EU-Staaten führen diese komplexen Herausforderungen zu Entwicklungen, die unter dem Begriff Flexicurity zusammengefasst werden können - der Notwendigkeit eines Interessenausgleichs zwischen flexiblen Arbeitsmärkten und einem hohen Maß an sozialer Sicherheit -, sowie, nicht weniger wichtig, zu Bemühungen, die Beschäftigungs- und Sozialpolitik aktiv in den Arbeitsmarkt einzubinden, damit nicht nur mehr, sondern auch bessere Anstellungsverhältnisse geschaffen werden. Für alle Länder sollte die Schaffung neuer Stellen mit besseren Arbeitsbedingungen einhergehen. Verbesserte Indikatoren im Bereich der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit sollten sich auch positiv auf die Werte der allgemeinen Gesundheit und des Wohlbefindens sowie auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität auswirken.

Bevölkerungsalterung

Zwischen 1960 und 2000 stieg die Lebenserwartung innerhalb der EU im Durchschnitt um vier Jahre. In den Ländern Zentral- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion war in den 1990-er Jahren hingegen ein starker Gegentrend zu beobachten, dass nämlich die Lebenserwartung vor allem von Männern abnahm. In den meisten dieser Länder hat der Trend jedoch wieder angefangen, sich umzukehren.

Zwischen 2000 und 2060 soll die Lebenserwartung Berechnungen zufolge bei Männern um 8,5 Jahre und bei Frauen um 6,9 Jahre ansteigen. Zugleich ist aber die Geburtenziffer deutlich unter die für eine konstante Bevölkerung nötige Schwelle von 2,1 Geburten pro Frau gesunken. In den EU-Ländern mit der höchsten Fertilität, Frankreich und Irland, liegen die Geburtenraten bei bzw. knapp unter 2,0 Geburten pro Frau. In den meisten europäischen Ländern liegen die Werte jedoch bei oder unterhalb von 1,4. Andererseits weist Tadschikistan eine Geburtenrate von 3,3 auf, während Kasachstan, Kirgisistan, Turkmenistan und Usbekistan Werte von 2,5 aufweisen.

Die Europäische Kommission (EK) prognostiziert, dass der kombinierte Effekt von höherer Lebenserwartung und niedrigerer Geburtenzahlen das Verhältnis von aktiver zu inaktiver Bevölkerung innerhalb der EU von 2,7 bis 1 im Jahr 2009 auf ca. 1,4 bis 1 im Jahr 2060 senken wird. Der arbeitstätige Teil der Bevölkerung von morgen wird also einen stark gewachsenen inaktiven Bevölkerungsteil unterstützen müssen. Angesichts dieser Verschiebungen und der heutigen Arbeitsproduktivität können die gegenwärtigen Rentenalter, Beitragssätze und Leistungsniveaus nicht alle beibehalten werden. Es wird zu starken Einschnitten bei den Sozialausgaben kommen müssen, wie sie in manchen Ländern bereits üblich sind.

Zudem wird die Bevölkerungsalterung dazu führen, dass immer mehr Personen mit chronischen Gesundheitsproblemen zu kämpfen haben, und die steigende Nachfrage nach Langzeitpflege wird die Kosten für diese Dienste erhöhen. In den meisten Ländern werden die Gesundheitsausgaben aufgrund der technologischen Innovation, des größeren Wohlstands und der Bevölkerungsalterung weiter ansteigen. In den EU-Mitgliedstaaten wird die Alterung diese Ausgaben bis 2060 laut Vorhersagen von ca. 7 Prozent auf 8,5 Prozent des BIP erhöhen. Wenn die gegenwärtigen und die prognostizierten Finanzierungslücken behoben werden sollen, dann braucht es bei der Ressourcennutzung im Gesundheitswesen eine höhere Kosteneffizienz. Insgesamt werden die Rentenkosten weiterhin steigen, trotz vielfältiger Anstrengungen, die Rentenfinanzierung durch höhere Rentenalter, eine bessere Kopplung der Leistungen an die kumulierten Lebensbeiträge und Maßnahmen zur automatischen Finanzenstabilisierung zu stärken.

Die Sozialschutzausgaben innerhalb der EU müssen aufgrund der Bevölkerungsalterung bis 2060 um 4,7 Prozent des BIP gesteigert werden, wie die EK² schätzt (siehe Kasten 1.). Die „Lissabon-Strategie“ der EU versucht deshalb unter anderem, die höhere finanzielle Belastung durch die Alterung mit einer Steigerung der nationalen Beschäftigungsquoten aufzufangen.

Die Kosten der Alterung in der EU bis 2060, prozentuale Änderung von Sozialausgaben/BIP

| Renten | Gesundheit | Langzeitpflege | Arbeitslosenleistungen | Bildung | Gesamt |
|--------|------------|----------------|------------------------|---------|--------|
| +2,4 | +1,5 | +1,1 | -0,2 | -0,2 | +4,7 |

Quelle: EK, 2009.

Hinweis: Zahlen gerundet.

Als Teil dieses strategischen Ansatzes werden in und außerhalb der EU Familienleistungen ausgebaut, um eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen zu erreichen. Allgemeiner gefasst wird mit der Reform der Familienleistungen versucht, neue Familienbedürfnisse, die durch prekärere Beschäftigungsverhältnisse und verteiltere Familienstrukturen entstehen, besser zu decken. In unterschiedlichen Graden geht es auch darum, auf die niedrigen Fertilitätsraten zu reagieren.

Letzendlich werden trotz dieser unterschiedlichen Reformansätze die Kosten der Bevölkerungsalterung alle Beteiligten der sozialen Sicherungssysteme zwingen, mehr für die soziale Sicherheit auszugeben und in manchen Fällen auch Einschnitte bei den Leistungen hinzunehmen.

Die Krise

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die Mitte 2007 begann, hat die Wirtschaftslage der Region stark geschwächt. Eine direkte Folge ist der Wertverlust der meisten öffentlichen und privaten Rentenfonds in Europa. Diese Entwicklungen haben das Augenmerk inzwischen auf andere Probleme gelenkt, insbesondere von privaten Rentensystemen, wie etwa Schwächen der Steuerung, hohe private Verwaltungsgebühren und das Fehlen gesetzlicher Bestimmungen für die Leistungsberechnung.

Trotz der Anzeichen einer Erholung der Finanzmärkte bis Mitte 2009 hält der öffentliche Druck auf die Regierungen an, die Risiken von privaten Renten einzudämmen. Die Staaten bieten den Versicherten seither klarere Informationen über die Risiken, entwickeln und verbessern Wahlmöglichkeiten und bemühen sich um eine bessere Steuerung und eine Senkung der Verwaltungskosten. Während die Rentensysteme in der Region zunehmend einkommensbezogen strukturiert und privat verwaltet werden, wächst die Bedeutung einer Mindestrente und ihrer möglichen Auswirkungen auf Arbeitsanreize.

2009 schrumpfte die Wirtschaft der Euro-Zone Vorhersagen zufolge um 4,2 Prozent; in den Ländern Zentral- und Osteuropas um 3,7 Prozent; und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) um 5,1 Prozent.³ Während einige Indikatoren nahelegen, dass das Schlimmste vorbei ist, wächst die Arbeitslosigkeit nach wie vor und stellt für die Arbeitsbevölkerung der Region eine ernste Bedrohung dar. So soll die Arbeitslosigkeit innerhalb der EU 2010 sogar 10 Prozent erreichen.

Die umfassenden Systeme der sozialen Sicherheit Westeuropas und nicht zuletzt auch die Arbeitslosenprogramme wirken in diesem Kontext als automatische wirtschaftliche Stabilisatoren, indem sie diejenigen, die ihre Stelle verloren oder Gehaltseinbußen erlitten haben, mit finanziellen Mitteln unterstützen. Die Systeme ihrerseits schreiben große Defizite, die nach wachsenden Hilfen durch Staatseinnahmen verlangen, wobei die Staaten selber ebenfalls schnell wachsende Schulden verzeichnen. In den Niedrigeinkommensländern Südosteuropas (SOE) und der GUS wurden die Arbeitslosenleistungen in den 1990-er Jahren stark beschnitten, sowohl hinsichtlich der ausgezahlten Beiträge als auch der Anspruchsberechtigten. Durch diese Ausfälle stehen viele Arbeitnehmer in der GUS und in SOE ohne das kritische Auffangnetz gegen finanzielle Notlagen da.

Im Hinblick darauf ist die Dauer der globalen Rezession – und ihrer Folgen, einschließlich der Geschwindigkeit der Stellenschaffung während der Erholung – von ganz entscheidender Bedeutung. Sie wird bestimmend sein dafür, ob die gegenwärtige Unterstützung mit Arbeitslosenleistungen tragbar ist und inwieweit die langfristigen Fehlbeträge der Rentensysteme durch die wirtschaftliche Abschwächung anschwellen werden. Außerhalb der EU würde eine anhaltende Rezession weit härtere Folgen zeitigen, und es bestünde das Risiko um sich greifender Armut, eines schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalts und politischer Instabilität.

Die Herausforderungen für Verwaltungen

In jüngster Vergangenheit haben viele Länder Schranken abgebaut und die Teilnahme privatwirtschaftlicher Unternehmen bei der Bereitstellung von Leistungen ermöglicht, nicht zuletzt im Bereich Renten und Gesundheit. Im Bereich Renten erfolgte dies durch privatwirtschaftlich verwaltete individuelle Sparkonten und im Bereich Gesundheit durch eine private Krankenversicherung und private medizinische Unternehmen. Bei beiden Reformtypen ist eine Vielfalt von Anbietern möglich, so dass die Leistungsempfänger hinsichtlich gewisser Entscheide eine Wahlmöglichkeit erhalten. Zudem haben einige Gesundheitssysteme marktähnliche Verhältnisse eingeführt, wobei die öffentlichen Träger in einen Wettbewerb um Ressourcen treten müssen. Bei den Familienleistungen gestalten die Regierungen die Vergütungsregeln für die private Kinderbetreuung flexibler. Einige wenige Regierungen sind soweit gegangen, die Sozialversicherungs-Familienleistungen durch Individualkonten zu ersetzen, so dass die Versicherten stärker wählen können, wofür sie ihre angesparten Beiträge einsetzen wollen, z.B. zur Weiterbildung, für ein Sabbatjahr oder für Elternzeit.

Für die Versicherten bedeutet eine größere Wahlmöglichkeit hinsichtlich der Versicherungsträger und einzelnen Leistungen, dass sie mit genaueren Informationen beliefert werden müssen. Für die Entscheidungsträger und Verwaltungsfachleute der sozialen Sicherheit werfen Reformansätze, die eine Vielfalt von Anbietern und eine größere Wahlmöglichkeit in der sozialen Sicherheit ermöglichen, eine Reihe schwieriger Fragen auf:

- Wie kann den Einzelnen eine sinnvolle und angemessen regulierte Wahlmöglichkeit geboten werden, ohne dass der nötige Schutz gegen Risiken, den die Systeme der sozialen Sicherheit gewährleisten sollen, darunter leidet?
- Wie kann die Kostenersparnis, die es in einem landesweiten Einheitssystem gibt, beibehalten werden?
- Wie kann verhindert werden, dass die Angemessenheit der Beiträge leidet, weil die Verwaltungskosten durch die institutionelle Aufsplitterung bei der Bereitstellung sozialer Sicherheit steigen?
- Wie kann sichergestellt werden, dass die Einzelnen über die nötigen Fähigkeiten und Informationen verfügen, um Entscheidungen zu fällen, die ihr Wohl steigern?

Erwartungen gemäß sollen von nun an vermehrt „kundenorientierte“ Verwaltungen der sozialen Sicherheit bessere öffentliche Dienste anbieten und ihre Anstrengungen mit entsprechenden Stellen bei anderen Ämtern und nicht öffentlichen Trägern koordinieren. Die Verwaltungen müssen auch die Entscheidungsträger über alle Themen auf dem Laufenden halten, auf die sie bei der Umsetzung der Reformen stoßen. Zusammengefasst macht dies die Aufgaben in der Verwaltung der sozialen Sicherheit technisch anspruchsvoller.

Ausblick: Wichtigste strategische Botschaften

Mittlerweile wird immer breiter anerkannt, dass die Reformen der sozialen Sicherheit in Europa weiterhin in den europäischen Sozialtraditionen verankert bleiben sollen, jedoch besser auf die sich abzeichnenden Entwicklungen in den einzelnen Ländern zugeschnitten werden müssen. Dieser Ausblick

appelliert an die Verwaltungsfachleute, ihre Erfahrungen, Perspektiven und Kenntnisse als Input für die Entscheidungsfindung einzubringen. Dadurch übernehmen sie im Gegenzug mehr Verantwortung, indem sie nicht mehr warten, bis sie gefragt werden, sondern ihre Erfahrungen proaktiv mit den Entscheidungsträgern teilen, insbesondere bei der Umsetzung von Strategien – ein Standpunkt, der ganz auf der Linie des IVSS-Konzepts für eine dynamische soziale Sicherheit liegt, in dem betont wird, dass Verwaltungen der sozialen Sicherheit vorausschauend handeln sollen.

Mit Blick in die Zukunft können unter Berücksichtigung der sich wandelnden Rollen und Ziele der Entscheidungsträger und Verwaltungsfachleute der sozialen Sicherheit in Europa vier wichtige Botschaften präsentiert werden:

Erstens werden die Reformen immer komplexer und müssen koordiniert und auf die Umstände zugeschnitten durchgeführt werden, damit die vielfältigen Ziele erreicht werden können (d.h. angemessene Deckung, Servicequalität, bessere Kosten-Nutzen-Rechnung, vielfältige Erbringungsmechanismen, geeignete Regulierung und Steuerung, Anpassung an den Bevölkerungswandel), die ihrerseits immer ehrgeiziger werden.

Zweitens verlangt der Schritt hin zu einer evidenzbasierten Entscheidungsfindung eine systematische Datenerfassung und mehr Aufmerksamkeit für die Informierung der Öffentlichkeit durch die Verwaltungen der sozialen Sicherheit. Diese Forderungen variieren je nach wirtschaftlichem Entwicklungsstand der Länder und der Qualität ihrer Steuerung.

Wenn es drittens darum geht, die finanzielle Tragfähigkeit aller Programme sowie die Angemessenheit der Leistungen bei fortschreitender Bevölkerungsalterung und sich wandelnden Arbeitsmärkten zu gewährleisten, während gleichzeitig mehr Wahlmöglichkeiten bei Leistungen und Diensten geboten werden sollen, stehen alle Beteiligten in der Verantwortung, ihr Verhalten anzupassen.

Viertens hat sich das europäische „Sozialmodell“ als robustes und proaktives Instrument erwiesen, um die Herausforderungen des jüngsten wirtschaftlichen Abschwungs anzugehen. Seine Rolle für den Aufschwung in der Region ist nicht weniger relevant. Vor dem Hintergrund beschränkter Finanzen werden die langfristigeren finanziellen Herausforderungen für die Programme der sozialen Sicherheit durch die Dauer der Krise und ihre anhaltenden Folgen bestimmt, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen auf die Beschäftigungszahlen und der Geschwindigkeit der Stellenschaffung. Nichtsdestotrotz sind die neuerliche Bestätigung für die soziale Sicherheit – und die wachsende politische Unterstützung – ein Grund für Optimismus.

Abschließend kann gesagt werden, dass es für weitere Fortschritte hin zu einer dynamischen sozialen Sicherheit, wie sie die IVSS formuliert hat, gut fundierte politische Entscheide und hoch leistungsfähige Verwaltungen der sozialen Sicherheit braucht, aber dies ist noch nicht ausreichend. Um es erneut zu wiederholen: Es ist eine Anpassung im Verhalten aller Beteiligten vonnöten. Und hierfür stehen die Verwaltungen der sozialen Sicherheit, die IVSS-Mitgliedsorganisationen, in der Pflicht, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Quellen

- ¹ IVSS. 2010. *Eine dynamische soziale Sicherheit für Europa: Wahlmöglichkeiten und Verantwortung* (Entwicklungen und Trends). Genf, Internationale Vereinigung für soziale Sicherheit.
- ² EK. 2009. *2009 ageing report: Economic and budgetary projections for the EU-27 Member States (2008-2060)*. Brüssel, Europäische Kommission – Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen.
- ³ IWF. 2009. „Global economy contracts, with slow recovery next year“, in *IMF Survey Magazine*, 22. April. <<http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2009/res042209a.htm>> (eingesehen am 18.01.2010).

Die Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) ist die weltweit führende internationale Organisation, die nationale Verwaltungen und Träger der sozialen Sicherheit zusammenbringt. Die IVSS stellt Information, Forschung und Expertenwissen sowie Foren für die Mitglieder zur Förderung einer dynamischen sozialen Sicherheit auf internationaler Ebene bereit.

4 route des Morillons
Case postale 1
CH-1211 Genf 22

T: +41 22 799 66 17
F: +41 22 799 85 09
E: issacom@ilo.org | www.issa.int